



Bildung: Das Verbot der föderalen Kooperation muss weg

Der Problemstau in Deutschland wächst. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie bei der Bildungspolitik. Die OECD schreibt Deutschland immer wieder ins Stammbuch, wie sehr wir bei Bildungsinvestitionen und Chancengleichheit hinterherhinken. Hinter der Statistik stehen Schicksale: Zu geringe Sprachkenntnisse der Schulkinder, zu viele Schulabbrecher, zu viele Jugendliche ohne Berufsausbildung. Der Ausbau der Kitaplätze aber, die frühe Förderung und Betreuung der Kinder unter drei Jahren sind in Gefahr. Der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 – davor warnen viele Kommunen – ist kaum zu erfüllen, Klagen drohen.

Die Herausforderungen in der Bildungspolitik erfordern mehr Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Das Grundgesetz setzt dafür mit dem Kooperationsverbot enge Grenzen. Vor allem finanziell kann der Bund sich bisher nur an zeitlich befristeten Projekten beteiligen. Damit ist jedoch keine nachhaltige Verbesserung des Bildungssystems zu erreichen. Der Bildungsföderalismus muss zu einem kooperativen Föderalismus weiter entwickelt werden.

Im Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion zeigen wir, wie in Deutschland bis 2020 jedes Kind auf eine Ganztagschule gehen kann. Dafür müssen wir Voraussetzungen schaffen. Bund und Länder dürfen sich nicht mehr in einem sinnlosen Kompetenzstreit verhaken, sie müssen für das gemeinsame Ziel besser zusammen wirken. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung deshalb dazu auf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen. Dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung müssen auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern möglich sein. Die Vereinbarungen müssen einstimmig von den Ländern beschlossen werden. Ihre Bildungshoheit wird dadurch nicht eingeschränkt.

158 – "Kooperativen Bildungsföderalismus mit einem neuen Grundgesetzartikel stärken", Antrag der SPD-Bundestagsfraktion

Gerangel um den Fiskalpakt

Herausragendes Thema ist auch diese Woche die ungelöste Krise im Euroraum. Am 30. Januar treffen sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Gipfel, um über den Vertrag zu einem "Fiskalpakt" zu entscheiden. Im Vorfeld wird immer deutlicher, was die SPD schon im Dezember kritisiert hat: Dieser Vertrag kann die akuten Refinanzierungsprobleme der Euro-Länder nicht lösen. Er ist europarechtlich zweifelhaft und zielt eindimensional auf Kürzungen von Staatsausgaben. Bemerkenswert ist, wer sich dieser Kritik inzwischen anschließt. Da ist nicht nur die IWF-Chefin Christine Lagarde, die Merkel bei einem Treffen gestern sagte, dass einseitiges und pauschales Sparen in ganz Europa die Rezessionsgefahren verschärft. Auch sämtliche Fraktionen im Europäischen Parlament haben in einer gemeinsamen Entschliebung am 17. Januar deutlich gemacht, dass Haushaltsrestriktionen allein keinen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen werden. Sie fordern einen Schuldentilgungsfonds, um die Refinanzierungskrise wirksam zu bekämpfen, eine im EU-Recht verankerte Finanztransaktionssteuer und "bei gleichzeitiger Gewährleistung der Haushaltsdisziplin" einen "Fahrplan für Stabilitätsanleihen ('Eurobonds')".

159 – Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes

Industriepolitik

Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Entwicklung in der Industrie vollzogen – unverändert gilt: Der industrielle Sektor mit einem starken Mittelstand bildet das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Finanzkrise hat dies bekräftigt: Ohne seinen industriellen Kern wäre Deutschland nicht so gut durch die Krise gekommen. Auch

zukünftig braucht Deutschland eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die deutsche Industrie steht dabei vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoff- und Flächenverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Die Wirtschaft der Zukunft braucht eine Industrie der Zukunft. Deutschland muss hier Impulsgeber sein. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt beschlossen, sich für eine gezielte Investitions- und Modernisierungsstrategie einzusetzen. So müssen die Rahmenbedingungen im Infrastrukturbereich verbessert, der Fachkräftebedarf gesichert, die Kooperation in den Unternehmen weiter gefördert, die Energie- und Rohstoffversorgung gewährleistet, der ökologische Wandel gestaltet und die Innovationkraft vor allem des Mittelstandes gestärkt werden. Gleichzeitig bedarf es einer Bündelung der zentralen Kompetenzen im Bereich Industriepolitik in einem Ministerium, abgestimmt sowohl auf europäischer als auch regionaler bzw. lokaler Ebene.

160 – "Impulse für den Standort Deutschland - Für eine moderne Industriepolitik", Antrag der SPD-Bundestagsfraktion

Rahmenbedingungen für Branchentarife und Mindestlöhne ausbauen

Das Bundesarbeitsministerium kann Tarifverträge auf Antrag der Tarifparteien für allgemeinverbindlich erklären, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens stellt das Ministerium ein öffentliches Interesse fest. Zweitens beschäftigen die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens die Hälfte aller unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Personen (50 Prozent-Quorum). Die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) ist seit langem fester Bestandteil des deutschen Sozialmodells. Sie ist ein unabdingliches ordnungs- und strukturpolitisches Instrument, um in bestimmten (Teil-) Branchen und Regionen für verbindliche einheitliche Mindestarbeitsbedingungen auf tariflicher Grundlage zu sorgen. Ohne AVE könnten letztere nicht aufrechterhalten werden, was zu inakzeptablen sozialen Verwerfungen führen und der Aushöhlung der Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft Vorschub leisten würde.

Mit dem 50 Prozent-Quorum sieht das deutsche Recht eine Voraussetzung vor, die immer schwerer zu erfüllen ist und in Zukunft kaum noch zu erfüllen sein wird. Grund hierfür sind langfristige Trends wie die Entwicklung hin zur Gültigkeit konkurrierender Tarifverträge innerhalb eines Betriebs und die sinkende Tarifbindung auf Arbeitgeberseite. Außerdem sinkt die Tarifbindung in Deutschland beständig und im Vergleich zu anderen europäischen Staaten dramatisch.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen so geändert und erweitert werden, dass wieder deutlich mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Nur so lässt sich der Ausbau der Flächentarife verbessern. Die gegenwärtige Regelung lädt dazu ein, die Einhaltung der Voraussetzungen der AVE bestehender Tarifverträge gerichtlich überprüfen zu lassen. Um zeitnah Rechtssicherheit herzustellen, bedarf es zügig einer neuen Rechtsgrundlage.

161 – "Erosion der Tarifvertragssysteme stoppen – Rahmenbedingungen für Branchentarife und Mindestlöhne ausbauen", Antrag der SPD-Bundestagsfraktion

Impressum

Herausgeber & V.i.S.d.P.: Dr. Martin Schwanholz, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin,

Redaktion: Dr. Martin Schwanholz, Vera Heitmann

Die "Nachrichten aus Berlin" erscheinen sitzungswöchentlich. Sie dienen der Information der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Region Osnabrück über politische Ereignisse, gesetzgeberische Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und des Deutschen Bundestages. Sie stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar. Diese sind als solche gekennzeichnet. Unter den jeweils angegebenen Nummern sind die vollständigen Texte im Berliner Abgeordnetenbüro erhältlich.